

## Presseinformation 02/2025

# Remigration von Windräder?

**Nicht nur Menschen mit einem Migrationshintergrund und Deutsche mit ökologischen, sozialen und liberalen Einstellungen, sondern jetzt auch Windräder sollen aus Deutschland verbannt werden, so die Kanzlerkandidatin der AfD in ihrer Wutrede auf dem Parteitag. Nichts kann deutlicher die Klima-Ignoranz im bundesdeutschen Wahlkampf ausdrücken als dieser hysterische Schrei nach dem Niederreißen von klimaschonenden Energieanlagen.**

Die in großen Teilen rechtsradikale Partei bestimmt den Wahlkampf. Gemäß ihrer Sündenbockpolitik müssen eingewanderte Menschen das Land verlassen, obwohl die Wirtschaft händeringend nach Arbeitskräften sucht. 300.000 bis 400.000 Tausend Arbeitskräfte pro Jahr fehlen. Statt Aus- und Umschulung der Ankommenden und Integration in den deutschen Arbeitsmarkt, soll Verbannung und „Remigration“ zum Schaden der Volkswirtschaft eingeführt werden. Fast alle Parteien haben sich in mehr oder weniger radikalen Forderungen diesem extremen Gedankengut angenähert.

Jetzt also auch der Kampf gegen Windmühlen. Ganz so, als habe es kürzlich nicht die Starkregenkatastrophe in Valencia gegeben oder sei der gewaltige Feuersturm in Kalifornien nur einem bürokratischen Versäumnis der Wasserwirtschaft in Los Angeles geschuldet. Die Fakten des EU-Erdbeobachtungsprogramm Copernicus, dass zum ersten Mal die völkerrechtlich verbindliche Grenze für die Temperaturerhöhung aus dem Pariser Klimaabkommen mit 1,6 Grad überschritten wurde, wird von den meisten Parteien im Wahlkampf ignoriert.

Kein Gehör findet der renommierte Klimaforscher Ottmar Edenhofer vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, dass die Schäden des Klimawandels sechsmal höher werden als die Kosten für den Klimaschutz. Edenhofer kritisiert folgerichtig auch die konservativen Wahlkampforderungen nach einer Rücknahme des Verbrennerverbotes und die Aussetzung des aktuellen Heizungsgesetzes. Gerade in den Problembereichen Verkehr und Gebäuden sind die Versäumnisse der Klimapolitik besonders groß. „Niemand redet über die enormen Kosten eines ungebremsten Klimawandels“, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt. Das sei grob fahrlässig, da sich die weltweiten Klimaschäden in 2024 bereits auf 320 Mrd. Euro betragen haben und in Deutschland die Versicherungsbranche von 5.5 Mrd. Euro ausgeht. 2024 sei bereits eines der teuersten Jahre für den Ausgleich von Klimaschäden, so der nachhaltige Wirtschaftsverband in Rheinland-Pfalz.

Dabei gäbe es in den Bemühungen um mehr Klimaschutz auch beachtenswerte Erfolge. Zum wiederholten Male, seien in Deutschland über eine Million Solaranlagen ans Netz gegangen. Es bestehe ein exponentielles Wachstum der erneuerbaren Energieerzeugung weltweit. Die Elektromobilität dringe in neue Sphären, mit Batterien über 1.000 km Reichweite. Es könne nicht sein, dass Deutschland von diesen Entwicklungen nach den aktuell vorgelegten Parteiprogrammen der meisten Parteien abgekoppelt werden soll, so der Landesverband für Solarenergie und der Verband für Wirtschaft und Umwelt abschließend.